



Budgetvollzug Jänner bis Februar 2026

Analyse

Grundlage für die Analyse ist folgendes Dokument:

- ◆ Monatserfolg Februar 2026 sowie Berichte gemäß § 3 Abs. 4 COVID-19-Fondsgesetz und gemäß der EntschlieÙung 275/E des Nationalrates vom 17.11.2022 zur Berichterstattung über den Umsetzungsstand des Aufbau- und Resilienzplans



Inhaltsverzeichnis

1	Budgetvollzug Jänner bis Februar 2026 im Überblick.....	3
2	Aktuelle Wirtschaftslage	7
2.1	Ergebnisse der neuen WIFO-Prognose.....	7
2.2	Entwicklung der Verbraucherpreise	12
2.3	Arbeitsmarktlage	14
3	Entwicklung der Abgaben	15
4	Umsetzungsstand des Aufbau- und Resilienzplans.....	18
5	Gesamtstaatliches Budgetcontrolling	20
5.1	Haushaltsdaten der Gebietskörperschaften Jänner bis Februar 2026	20
5.2	Transparenz der Haushaltsdaten der Gebietskörperschaften	23
	Abkürzungsverzeichnis.....	27
	Tabellen- und Grafikverzeichnis	29



1 Budgetvollzug Jänner bis Februar 2026 im Überblick

Der Budgetvollzug Jänner bis Februar 2026 war von einer Erholung der Wirtschaftslage und der Wirkung der im Vorjahr beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen geprägt. Darüber hinaus nahm die budgetäre Bedeutung der Krisenmaßnahmen weiter ab.

Tabelle 1: Budgetvollzug Jänner bis Februar 2026 im Überblick

in Mio. EUR	UG	Monatserfolg, kumuliert				Jahreswerte			
		Jän-Feb 2025	Jän-Feb 2026	Differenz zu Jän-Feb 2025		v. Erfolg 2025	BVA 2026	Differenz zu v. Erfolg 2025	
Auszahlungen		18.945	19.316	+371	+2,0%	121.468	125.852	+4.384	+3,6%
Finanzierungskosten	58	2.012	2.484	+472	+23,5%	6.823	8.912	+2.089	+30,6%
Auszahlungen ohne Finanzierungskosten		16.933	16.831	-102	-0,6%	114.644	116.940	+2.295	+2,0%
Ausfallhaftung für Mittel für Gesundheitsreformfonds	22	0	498	+498	-	0	498	+498	-
Kommunalinvestitionsgesetze	44	29	320	+291	+998,0%	212	320	+108	+51,3%
Pensionen (exkl. Pflegegeld für Beamtinnen und Beamte und Mittel für Gesundheitsreformfonds)	22, 23	4.479	4.624	+145	+3,2%	32.455	33.363	+907	+2,8%
Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung	20	1.203	1.322	+119	+9,9%	6.821	6.527	-294	-4,3%
Zuschussverträge ÖBB-Infrastruktur AG und Verkehrsdienstverträge	41	554	601	+47	+8,4%	3.901	4.508	+606	+15,5%
Universitäten (exkl. Klinischer Mehraufwand Klinikbauten)	31	906	912	+5	+0,6%	5.248	5.325	+77	+1,5%
Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld	25	946	944	-3	-0,3%	5.717	5.729	+12	+0,2%
Bundespersonal und Landeslehrpersonal	diverse	2.961	2.944	-17	-0,6%	18.654	18.875	+221	+1,2%
Bildungskarenz	20	77	24	-53	-68,9%	377	0	-377	-100,0%
Betrieblicher Sachaufwand	diverse	834	757	-77	-9,2%	8.312	8.898	+585	+7,0%
Stromkostenzuschuss für Haushalte (Transfers)	45	135	7	-128	-94,5%	341	49	-292	-85,7%
Investitionstätigkeit in der Landesverteidigung	14	434	152	-282	-65,0%	1.611	1.735	+124	+7,7%
Gemeindepaket - Finanzzuweisung	44	300	0	-300	-100,0%	300	0	-300	-100,0%
Förderungen	diverse	1.521	1.191	-330	-21,7%	10.507	9.728	-780	-7,4%
Thermisch-energetische Sanierung	43	443	155	-289	-65,1%	1.606	684	-923	-57,4%
weitere Förderungen	diverse	1.078	1.036	-42	-3,9%	8.901	9.044	+143	+1,6%
Sonstige Auszahlungen		2.551	2.536	-15	-0,6%	20.188	21.387	+1.199	+5,9%
Einzahlungen		15.859	17.127	+1.267	+8,0%	107.074	107.570	+496	+0,5%
Nettoabgaben	16	11.193	12.003	+809	+7,2%	73.765	74.323	+559	+0,8%
Öffentliche Abgaben - Brutto		19.384	20.871	+1.487	+7,7%	119.737	122.144	+2.407	+2,0%
Ab-Überweisungen		-8.190	-8.868	-677	+8,3%	-45.972	-47.821	-1.849	+4,0%
Einzahlungen in weiteren Untergliederungen	16	4.666	5.124	+458	+9,8%	33.310	33.247	-63	-0,2%
Weitere Transfers von der EU	51	628	1.018	+390	+62,1%	1.252	1.437	+186	+14,8%
Beiträge zum Familienlastenausgleichsfonds	25	1.322	1.364	+43	+3,2%	8.847	9.043	+195	+2,2%
Beiträge zur Arbeitslosenversicherung	20	1.473	1.493	+20	+1,4%	9.813	9.979	+165	+1,7%
Aufbau- und Resilienzfähigkeit (RRF)	51	0	0	0	-	2.138	632	-1.506	-70,4%
LWA-G Sonderzuwendungen (aus UG 16)	21	60	0	-60	-100,0%	85	0	-85	-100,0%
Sonstige Einzahlungen		1.243	1.248	+5	+0,4%	11.259	12.156	+897	+8,0%
Nettofinanzierungssaldo		-3.086	-2.189	+897	-	-14.394	-18.282	-3.888	-

Abkürzungen: exkl. ... exklusive, Feb ... Februar, Jän ... Jänner, LWA-G ... Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz, UG ... Untergliederung, v. Erfolg ... vorläufiger Erfolg,

Budgetvisualisierung des Budgetdienstes mit allen Untergliederungen: [Budgetvollzug Jänner bis Februar 2026](#).

Quellen: Monatsbericht Februar 2026, [budget.gv.at](#), eigene Berechnungen.

Die Auszahlungen im Jänner und Februar 2026 betragen 19,3 Mrd. EUR und waren 2,0 % höher als im Vergleichszeitraum 2025. Bereinigt um Finanzierungskosten waren sie leicht rückläufig. Die Einzahlungen stiegen um 8,0 % auf 17,1 Mrd. EUR. Daraus resultierte ein **Nettofinanzierungsbedarf** iHv 2,2 Mrd. EUR, der um 0,9 Mrd. EUR geringer war als im Vorjahr.



Bei den **Auszahlungen** kam es in den folgenden Bereichen zu größeren Veränderungen:

- ◆ Die Auszahlungen für **Finanzierungskosten** waren bis Februar 2026 um 472 Mio. EUR höher als im Vorjahreszeitraum (+23,5 %). Ökonomisch aussagekräftiger und für das Maastricht-Defizit relevant sind die perioden-abgegrenzten Aufwendungen im Ergebnishaushalt. Diese waren in den ersten beiden Monaten um 107 Mio. EUR bzw. 11,2 % höher als im Vergleichszeitraum.
- ◆ Die Pensionsversicherungsträger überwiesen im Februar 2026 498 Mio. EUR zur Schaffung des **Gesundheitsreformfonds** an den Bund. Dadurch erhöhte sich die Ausfallhaftung des Bundes in der UG 22-Pensionsversicherung und führte zu Mehrauszahlungen. Die Einzahlung in das Bundesbudget (UG 24-Gesundheit) wurde erst im März 2026 verbucht. Dieser steht in der Folge eine Auszahlung der UG 24 an die drei bei den einzelnen Krankenversicherungsträgern eingerichteten Fonds in selber Höhe gegenüber. Die noch nicht erfolgten Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit dem Gesundheitsreformfonds in der UG 24 sind damit saldenneutral.¹
- ◆ Die im Jänner 2025 geleistete einmalige Finanzausweisung an die Gemeinden iHv 300 Mio. EUR, die mit dem **Gemeindepaket 2024** zur Stärkung der Liquidität beschlossen wurde, entfiel. Gegenläufig wirkten die den Gemeinden im Jänner 2026 aus den **Kommunalinvestitionsgesetzen (KIG)** bereitgestellten Mittel iHv 320 Mio. EUR.² Im Vorjahresvergleich entspricht dies einem Zuwachs von 291 Mio. EUR.
- ◆ Bei den **Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung** kam es aufgrund der weiter steigenden Arbeitslosigkeit und der steigenden Tagsätze zu einem Anstieg um 119 Mio. EUR. Rückläufig waren hingegen die Auszahlungen für die **Bildungskarenz** (-53 Mio. EUR).

¹ Insgesamt führt die vorgenommene Verrechnung des Gesundheitsreformfonds zu einer Budgetverlängerung, da sich dadurch die Aus- und Einzahlungen in der UG 24-Gesundheit in gleichem Ausmaß erhöhen. Eine einfachere Dotierung und Verrechnung der Mittel unter Änderung der Hebesätze würde die Komplexität der Finanzströme reduzieren.

² Im Rahmen des Budgetbegleitgesetzes 2025 (BBG 2025) wurden die noch nicht abgerufenen Mittel des KIG 2023 (262 Mio. EUR) und die gesamten Mittel des KIG 2025 (620 Mio. EUR) in Finanzausweisungen umgewandelt. Im Jahr 2025 wurden 212 Mio. EUR ausbezahlt, 2026 sind die vorgesehenen 320 Mio. EUR bereits geflossen und die verbleibenden Mittel gelangen 2027 (291 Mio. EUR) und 2028 (60 Mio. EUR) zur Auszahlung.



- ◆ Die um die Zahlungen für den Gesundheitsreformfonds bereinigten Auszahlungen für **Pensionen** waren im Jänner und Februar 2026 um 145 Mio. EUR bzw. 3,2 % höher als im Vorjahr. Der Zuwachs hat sich infolge der moderaten Pensionserhöhung 2026 deutlich verlangsamt. Auch die Entwicklung der Beitragseinnahmen insbesondere aufgrund des starken Anstiegs der Höchstbeitragsgrundlage (+7,4 %) trägt dazu bei.
- ◆ Die Auszahlungen für **Förderungen** waren per Ende Februar 2026 um 330 Mio. EUR geringer als im Vorjahr. Der Großteil des Rückgangs betrifft die **thermisch-energetische Sanierung** (-289 Mio. EUR), da die Förderung im Jahr 2025 ausgesetzt wurde und dadurch der Liquiditätsbedarf sinkt.
- ◆ Die Auszahlungen für die **Investitionstätigkeit in der Landesverteidigung** waren im Jänner und Februar 2026 um 282 Mio. EUR geringer als im Vorjahr, weil im Vergleichszeitraum 2025 besonders hohe Zahlungen für gepanzerte und sonstige Kraftfahrzeuge sowie für Luftfahrzeuge geleistet wurden.
- ◆ Die Auszahlungen für **Bundespokal und Landeslehrpersonal** waren per Ende Februar 2026 in etwa gleich hoch wie im Vorjahr. Diese Entwicklung resultiert hauptsächlich aus der Verschiebung der Gehaltsanpassung auf 1. Juli 2026.
- ◆ Auch die Auszahlungen für **Familienbeihilfe und Kinderbetreuungsgeld** waren im bisherigen Budgetvollzug in etwa gleich hoch wie im Vorjahr, weil die Valorisierung dieser Leistungen ausgesetzt wurde.

Die **Einzahlungen** stiegen im Jänner und Februar 2026 im Vorjahresvergleich deutlich um 1,3 Mrd. EUR bzw. 8,0 % an. Zu größeren Veränderungen kam es insbesondere in den folgenden Bereichen:

- ◆ Die **Einzahlungen aus den Nettoabgaben** waren per Ende Februar 2026 um 0,8 Mrd. EUR bzw. 7,2 % höher als im Vorjahr. Dabei standen gestiegene Einzahlungen aus den Bruttoabgaben (+7,7 %) insbesondere aus der Umsatzsteuer, der Lohnsteuer und der Veranlagten Einkommensteuer höheren Ab-Überweisungen (+8,3 %) vor allem für die Ertragsanteile der Länder und Gemeinden gegenüber. Nähere Details zur Abgabentwicklung sind Pkt. 3 zu entnehmen.
- ◆ Die **Einzahlungen aus Transfers von der EU** waren im Jänner und Februar 2026 um 390 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Die Mehreinzahlungen betrafen den EU-



Fonds Landwirtschaft/Fischerei (+290 Mio. EUR) und den EU-Strukturfonds (+100 Mio. EUR). Die Rückflüsse sind zu einem großen Teil vom Zeitpunkt der Genehmigung der Zahlungsanträge abhängig und schwanken beträchtlich. Aus der Aufbau- und Resilienzfazilität gelangten heuer noch keine Mittel zur Einzahlung (siehe Pkt. 4).

- ◆ Die Einzahlungen aus den **Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung** stiegen moderat um 1,4 % auf 1,5 Mrd. EUR. Der Zuwachs bei den **Beiträgen zum Familienlastenausgleichsfonds** war mit 3,2 % auf 1,4 Mrd. EUR etwas stärker.
- ◆ Die im Vorjahreszeitraum in der UG 21-Soziales und Konsumentenschutz verbuchte Einzahlung für **Sonderzuwendungen gemäß Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz (LWA-G)** iHv 60 Mio. EUR entfällt heuer, da der aus diesen Mitteln bedeckte Kinderzuschlag in das Einkommensteuergesetz übergeführt wurde und seit Juli 2025 nur noch die UG 16-Öffentliche Abgaben betrifft.

Ende März 2026 wurden erstmals die im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspakts (ÖStP) 2025 vereinbarten **Haushaltsdaten auf Kassenbasis für die weiteren Gebietskörperschaften** veröffentlicht. Der Nettofinanzierungssaldo der Länder ohne Wien war dabei bis Februar 2026 mit -170 Mio. EUR um 777 Mio. EUR besser als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Saldenverbessernd wirkten vor allem die um 1.016 Mio. EUR höheren Einzahlungen, primär aus der operativen Verwaltungstätigkeit und aus Transfers. Den Mehreinzahlungen standen jedoch um 239 Mio. EUR höhere Auszahlungen gegenüber, welche vor allem die Transfers betrafen. Der Nettofinanzierungssaldo der Gemeinde Wien war bis Ende Februar 2026 mit -269 Mio. EUR um 167 Mio. EUR besser als im Vorjahreszeitraum. Dabei kam es zu einem Anstieg der Einzahlungen um 111 Mio. EUR und zu einem Rückgang der Auszahlungen um 56 Mio. EUR. Zu den weiteren Gemeinden liegen noch keine Vollzugsinformationen vor, da diese nur quartalsweise veröffentlicht werden. Im Bereich der Sozialversicherung stiegen die Aus- und Einzahlungen fast gleich stark an, weshalb sich der Nettofinanzierungssaldo nur geringfügig verschlechterte.

Die erstmals veröffentlichten Haushaltsdaten erhöhen die Datenverfügbarkeit zum Budgetvollzug der einzelnen Gebietskörperschaften. Trotz dieser zusätzlichen Daten ist eine umfassende Transparenz des Budgetvollzugs der Gebietskörperschaften vor allem wegen des hohen Aggregationsniveaus und fehlender Erläuterungen nur eingeschränkt gegeben. Für weitere Details wird auf Pkt. 5 verwiesen.



2 Aktuelle Wirtschaftslage

In diesem Abschnitt werden zunächst in Pkt. 2.1 die aktuellen Daten zur Konjunktur-entwicklung im Jahr 2026 dargestellt. Auf die Entwicklung der Verbraucherpreise wird in Pkt. 2.2 eingegangen, die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen wird in Pkt. 2.3 erläutert.

2.1 Ergebnisse der neuen WIFO-Prognose

In der aktuellen Prognose des WIFO vom April 2026, welche die Basis für die Erstellung der Budgets 2027 und 2028 bildet, hat sich die erwartete wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zur Dezember-Prognose aufgrund der Auswirkungen des Iran-Kriegs verschlechtert. Während in der Dezember-Prognose noch ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) im Jahr 2026 um 1,2 % erwartet wurde, senkt das WIFO im Hauptszenario der aktuellen Prognose das erwartete reale BIP-Wachstum auf 0,9 %. Auch das Institut für Höhere Studien (IHS) und die Österreichische Nationalbank (OeNB) haben das erwartete Wirtschaftswachstum in ihren Prognosen nach unten revidiert. Beide Institutionen erwarten für das Jahr 2026 einen Anstieg des realen BIP um 0,5 %. Die Verbraucherpreise sollen laut WIFO aufgrund der gestiegenen Energiepreise um 2,7 % steigen. Im Vergleich zum Prognosewert vom Dezember (2,6 %) ist die Revision geringer, weil es ohne Iran-Krieg vor allem aufgrund der niedrigeren Inflationsraten zu Jahresbeginn zu einer Reduktion der Inflationsprognose gekommen wäre. Insgesamt führen die höhere Inflationsrate und die geopolitische Unsicherheit zu einem geringeren realen Wachstum des privaten Konsums und der Bruttoanlageinvestitionen.

Die Prognosewerte sind aufgrund der aktuell unsicheren internationalen Rahmenbedingungen mit erheblicher Unsicherheit behaftet, wobei vor allem die Annahmen über die Entwicklung der Rohöl- und Gaspreise einen starken Einfluss haben. Das WIFO legt deshalb für die wichtigsten Prognosewerte auch die Ergebnisse eines pessimistischeren Szenarios vor, welches im Vergleich zum Hauptszenario von einer längeren Dauer des Iran-Kriegs und höheren Energiepreisen ausgeht. In diesem pessimistischen Szenario erwartet das WIFO für 2026 ein reales BIP-Wachstum von 0,2 %, was um 0,7 %-Punkte unter dem Wachstum im Hauptszenario liegen würde. Aufgrund des in diesem Szenario stärkeren und länger dauernden Anstiegs der Energiepreise würden auch die Verbraucherpreise mit 4,1 % deutlich stärker steigen als im Hauptszenario. Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte würden weniger stark wachsen und die realen Bruttoanlageinvestitionen rückläufig sein.



Für den Bundeshaushalt ergeben sich durch die Prognoseverschlechterung primär dämpfende Effekte auf der Einzahlungsseite. Das nunmehr auch nominell geringer erwartete Konsumwachstum reduziert die Einzahlungen aus den Verkehr- und Verbrauchsteuern (v. a. Umsatzsteuer). Gegenläufig steigen aufgrund der höheren Treibstoffpreise die Einzahlungen aus der Umsatzsteuer, diese Mehreinnahmen sollen jedoch durch die Senkung der Mineralölsteuer ausgeglichen werden. Die negativen konjunkturellen Auswirkungen tragen außerdem zu einem geringeren Beschäftigungswachstum bei, wodurch sich auch das erwartete Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme reduziert. Daraus ergeben sich dämpfende Effekte auf das Lohnsteueraufkommen und die Einzahlungen aus abgabenähnlichen Erträgen (v. a. Beiträge zur Arbeitslosenversicherung und zum Familienlastenausgleichsfonds). Zudem führt die weiterhin hohe Arbeitslosigkeit zu einem weiteren Anstieg der Auszahlungen für Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.



Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung wesentlicher volkswirtschaftlicher Kennzahlen seit 2023 sowie die Ergebnisse der WIFO-Prognosen für 2026 vom März 2025 und April 2026 (Hauptszenario):

Tabelle 2: Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen

Veränderungen ggü. Vorjahr in %	2023	2024	2025	2026	
				Budgeterstellung (März 2025)	Aktuell (Stand Apr. 2026)
Bruttoinlandsprodukt					
Real	-0,8	-0,7	+0,6	+1,2	+0,9
Nominell	+6,3	+3,4	+3,8	+3,3	+3,1
Nominell, absolut in Mrd. EUR	478	494	513	508	529
Konsumausgaben					
Private Haushalte, real	-0,2	+1,0	+0,5	+1,4	+0,5
Private Haushalte, nominell	+7,9	+4,3	+3,2	+3,4	+3,1
Private Haushalte, nominell in Mrd. EUR	247	258	266	271	274
Staatlich, real	+0,6	+3,8	+2,4	+0,6	+1,2
Sparquote der privaten Haushalte in %	8,6	11,7	9,9	9,4	9,4
Bruttoanlageinvestitionen, real	-1,3	-4,3	+1,4	+1,8	+1,0
Außenhandel					
Exporte, real	-0,6	-2,3	+0,3	+1,7	+1,5
Importe, real	-4,3	-2,6	+1,7	+2,1	+1,0
Arbeitsmarkt					
Unselbständig aktiv Beschäftigte	+1,2	+0,2	+0,2	+0,8	+0,5
Arbeitslosenquote					
Nationale Definition	6,4	7,0	7,4	7,1	7,4
in % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Eurostat	5,1	5,2	5,7	5,2	5,8
in % der Erwerbsbevölkerung					
Lohn- und Gehaltssumme, brutto	+8,3	+7,4	+3,8	+3,2	+2,5
Inflationsrate - VPI in %	7,8	2,9	3,6	2,1	2,7
Zinssatz (Jahresdurchschnitt) in %					
Kurzfristig	3,4	3,6	2,2	2,4	2,0
Langfristig	3,1	2,8	3,0	3,2	3,0

Abkürzungen: Apr. ... April, ggü. ... gegenüber, VPI ... Verbraucherpreisindex.

Quellen: Konjunkturprognosen des WIFO vom März 2025 und April 2026, Statistik Austria.

Für das **reale BIP** erwartet das WIFO im Hauptszenario der aktuellen Prognose ein Wachstum von 0,9 % im Jahr 2026. Als Folge der Auswirkungen des Iran-Kriegs soll die reale Wirtschaftsleistung damit um 0,4 %-Punkte weniger stark zunehmen als bei der Budgeterstellung bzw. im Dezember 2025 angenommen. Das **nominelle BIP** wird mit 529 Mrd. EUR zwar weiterhin deutlich höher erwartet als bei der Budgeterstellung (508 Mrd. EUR), im Vergleich zur Dezemberprognose kommt es aber ebenfalls zu einer Verschlechterung. Das nominelle BIP-Wachstum wurde in der aktuellen Prognose um 0,5 %-Punkte auf 3,1 % gesenkt.



Die realen **Konsumausgaben der privaten Haushalte** sollen im Jahr 2026 mit 0,5 % deutlich weniger stark wachsen als bei der Budgeterstellung angenommen (+1,4 %). In der Dezemberprognose war noch ein Wachstum von 0,8 % erwartet worden. Zwar ist der reale Privatkonsum 2025 stärker gewachsen als zunächst erwartet, dies kann die nunmehr geringere Wachstumsrate aber nicht ausgleichen. Bei den nominellen Konsumausgaben der privaten Haushalte wird mit 3,1 % trotz der höheren Verbraucherpreise ein geringeres Wachstum als bei der Budgeterstellung erwartet. Das WIFO prognostiziert nach einem Rückgang der real verfügbaren Haushaltseinkommen im Jahr 2025 eine Stagnation im Jahr 2026. Das Konsumwachstum führt daher zu einer rückläufigen Sparquote, welche mit 9,4 % aber immer noch höher als im Vorkrisenjahr 2019 (7,2 %) erwartet wird.

Der **öffentliche Konsum** soll 2026 inflationsbereinigt um 1,2 % zunehmen und damit deutlich stärker als der Privatkonsum ansteigen. Da der öffentliche Konsum auch den Personalaufwand umfasst, spiegelt dessen Entwicklung auch die Beschäftigungsentwicklung im öffentlichen Sektor wider.

Die realen **Bruttoanlageinvestitionen** sollen 2026 im Hauptszenario der aktuellen WIFO-Prognose gegenüber dem Vorjahr um 1,0 % ansteigen. Damit würde das Wachstum klar hinter den bei der Budgeterstellung (+1,8 %) und der Dezemberprognose (+1,5 %) prognostizierten Werten zurückbleiben. Der Anstieg im Jahr 2026 ist dabei vor allem auf höhere Ausrüstungsinvestitionen zurückzuführen (+1,0 %), im Bereich der Bauten sollte es nach der rückläufigen Entwicklung der letzten Jahre zu einer Stabilisierung kommen. Das IHS geht in seiner aktuellen Prognose hingegen von einer Stagnation der realen Bruttoanlageinvestitionen im Jahr 2026 aus. Im Gegensatz zum WIFO erwartet das IHS einen Rückgang der Bauinvestitionen (-1,9 %).

Im Bereich des **Außenhandels** erwartet das WIFO in der aktuellen Prognose eine Verbesserung des Außenbeitrags. Die Exporte sollen mit 1,5 % stärker wachsen als die Importe (+1,0 %).

Die negativen konjunkturellen Auswirkungen des Iran-Kriegs sind auch auf dem **Arbeitsmarkt** spürbar. So reduzierte das WIFO die erwartete Zunahme der Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten im Jahr 2026 gegenüber der Dezemberprognose um 0,2 %-Punkte auf 0,5 %. Die Arbeitslosenquote soll im Jahr 2026 mit 7,4 % gleich hoch sein wie 2025 und damit höher als bei der Budgeterstellung erwartet ausfallen. Die im Vergleich zur letzten Prognose schwächere Beschäftigungsentwicklung spiegelt sich auch in einer nunmehr niedrigeren erwarteten Zunahme der Lohn- und



Gehaltssumme wider. Diese soll 2026 um 2,5 % höher sein als 2025, bei der Budgeterstellung bzw. im Dezember wurde noch von Zuwächsen über 3,0 % ausgegangen.

Die erwartete **Inflationsrate** im Jahr 2026 beträgt im Hauptszenario der aktuellen WIFO-Prognose 2,7 %. Gegenüber der Dezemberprognose kommt es dabei trotz der deutlich höheren Energiepreise nur zu einem geringfügigen Anstieg um 0,1 %-Punkte. Ohne Iran-Krieg wäre es aber zu einer Senkung der Inflationserwartung gekommen, insbesondere da die Inflationsraten zu Jahresbeginn (Jänner: 2,0 %, Februar: 2,2 %) niedriger als erwartet waren. Die Senkung der Elektrizitätsabgabe wurde erst in der aktuellen Prognose berücksichtigt. Die erwarteten inflationsdämpfenden Wirkungen der zuletzt beschlossenen Maßnahmen zur Dämpfung der Treibstoffpreise sind in der aktuellen Prognose ebenfalls enthalten. Die Inflationsprognose ist allerdings besonders stark von den getroffenen Annahmen über die künftige Entwicklung der Energiepreise abhängig. Im pessimistischeren Szenario mit einem stärkeren und länger dauernden Anstieg der Rohöl- und Gaspreise erwartet das WIFO eine Inflationsrate für 2026 iHv 4,1 %.

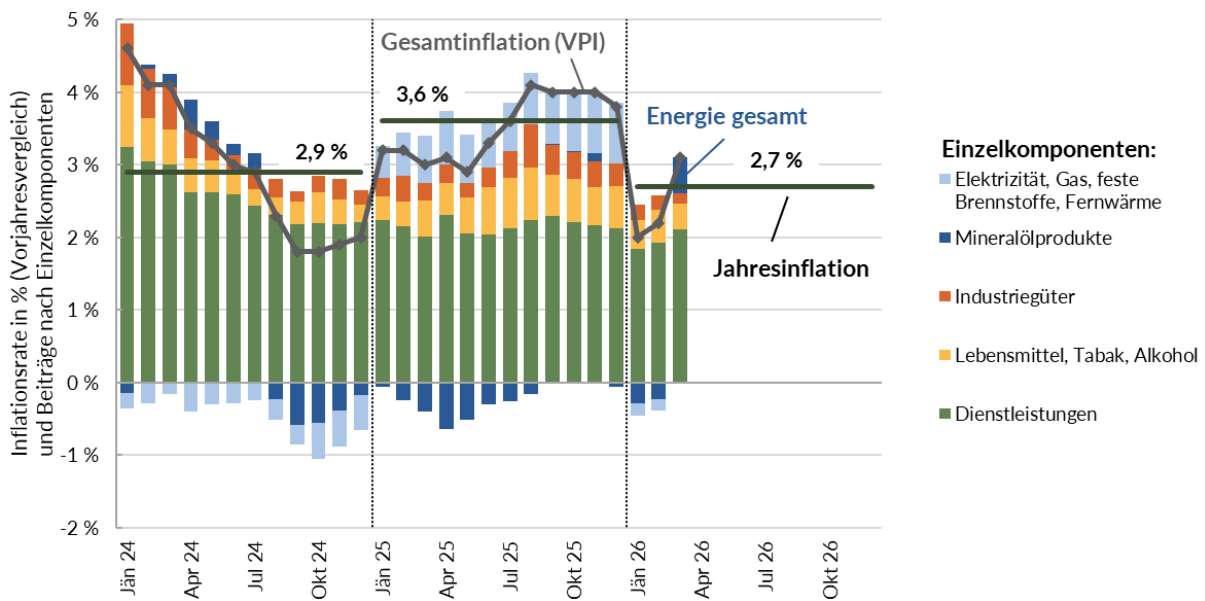
Bei den langfristigen **Zinsen** erwartet das WIFO für 2026 mit 3,0 % ein ähnliches Niveau wie 2025 und bei den kurzfristigen Zinsen einen Rückgang auf 2,0 %. Im Vergleich zur Prognose bei der Budgeterstellung sind diese Zinssätze etwas niedriger.



2.2 Entwicklung der Verbraucherpreise

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Inflationsentwicklung seit 2024 und gibt den Beitrag der einzelnen Teilkomponenten an:

Grafik 1: Inflationsrate (VPI) und Beiträge nach Einzelkomponenten



Abkürzung: VPI ... Verbraucherpreisindex.

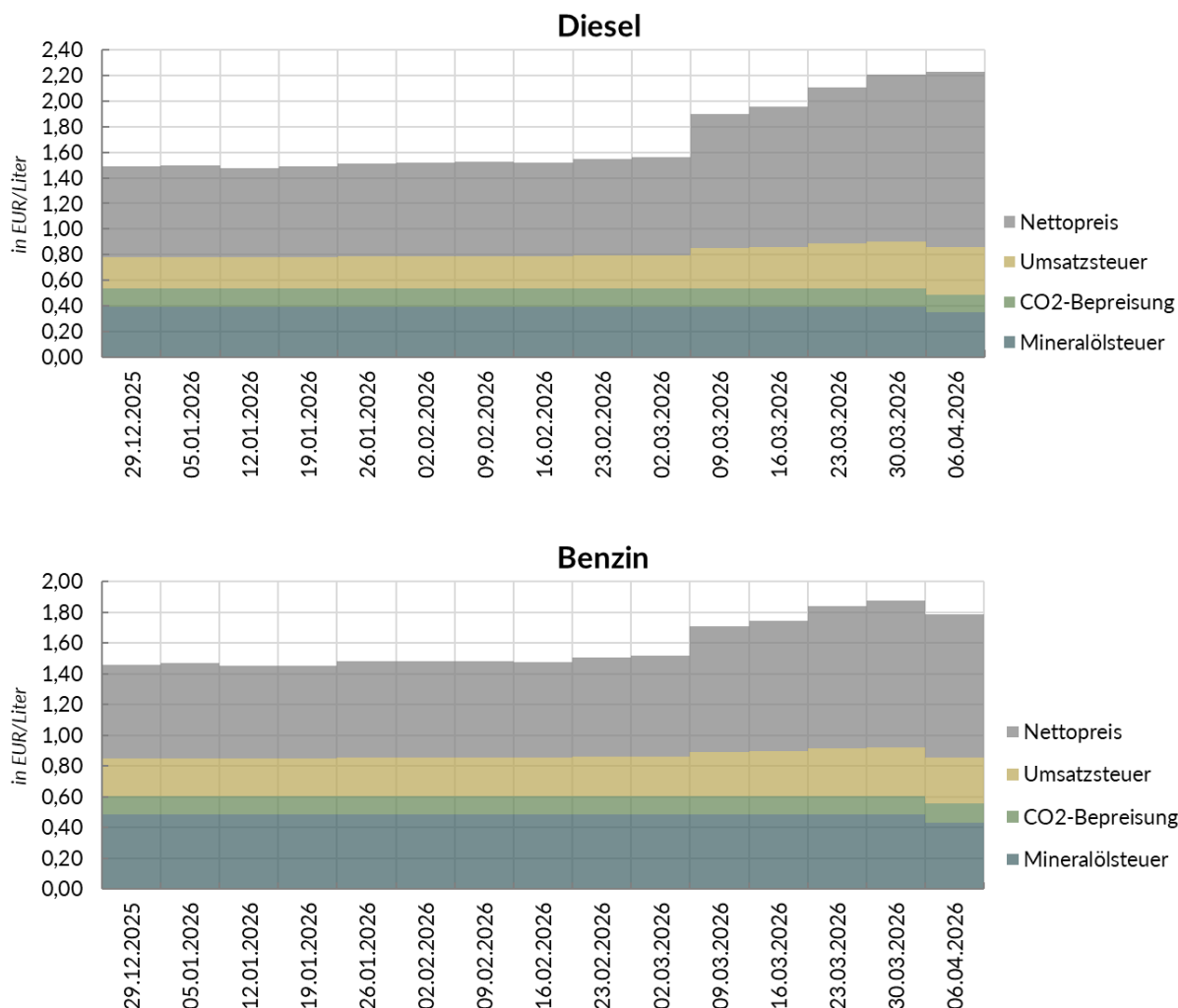
Quelle: Statistik Austria.

Die Inflation wurde im Jahr 2025 durch höhere Strompreise um 0,7 %-Punkte gesteigert (Auslaufen von Strompreisbremse und Energieabgabensenkung, höhere Beiträge nach dem Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz (EAG) und höhere Netzentgelte). Durch den Entfall dieses Effekts im Vorjahresvergleich und geringere Preissteigerungen bei den anderen Teilkomponenten ging die Inflationsrate im Jänner und Februar 2026 auf 2,0 % bzw. 2,2 % zurück. Laut der aktuellen Schnellschätzung von Statistik Austria stieg die Inflationsrate im März 2026 auf 3,1 % an. Dafür verantwortlich waren vor allem die aufgrund des Kriegs im Iran gestiegenen Energiepreise, die etwa 0,5 %-Punkte zur Inflationsrate beigetragen haben. Im Jänner und Februar wirkten die Energiepreise noch inflationsdämpfend. Allerdings kam es auch bei den Dienstleistungen mit 4,5 % zu einem überdurchschnittlichen Preisanstieg im Vorjahresvergleich.



Die Zusammensetzung und Entwicklung der Treibstoffpreise seit Jahresbeginn ist in der folgenden Grafik dargestellt:

Grafik 2: Entwicklung der Treibstoffpreise 2026



Quellen: EK Weekly Oil Bulletin, eigene Berechnungen.

Im März 2026 kam es zu deutlichen Anstiegen der Nettopreise um etwa 55 Cent pro Liter Diesel und etwa 30 Cent pro Liter Benzin. Dadurch stieg auch die Umsatzsteuer pro Liter, während die Mengensteuern (Mineralölsteuer, CO₂-Bepreisung) unverändert blieben. Seit April 2026 wurde die **Mineralölsteuer** um jeweils 5 Cent pro Liter gesenkt, um Mehreinnahmen bei der Umsatzsteuer auszugleichen. Bei Benzin war der gesamte Steueranteil mit 85 Cent pro Liter am 6. April etwa gleich hoch wie zu Jahresbeginn. Bei Diesel war er mit ebenfalls 86 Cent pro Liter zwar noch etwas höher als die knapp 80 Cent pro Liter zu Jahresbeginn. Dabei ist jedoch zu beachten, dass bei Diesel ein erheblicher Anteil der gestiegenen Umsatzsteuer als Vorsteuer abgezogen werden kann, wodurch die staatlichen Mehreinnahmen reduziert werden.



Nur teilweise führen die höheren Dieselpreise entlang der Wertschöpfungskette auch zu höheren Preisen und damit höheren Umsatzsteuereinnahmen beim Privatkonsum.

Die **Begrenzung der Margen** soll die Nettopreise von Diesel und Benzin ab April 2026 reduzieren. Eine diesbezügliche Kontrolle erfolgt durch die E-Control. Gemäß Preisgesetz ist eine Evaluierung der Auswirkungen laufend durchzuführen und nach Ablauf der Gesetzesänderung Ende 2026 ein entsprechender Bericht von der Bundesregierung dem Nationalrat zu übermitteln.

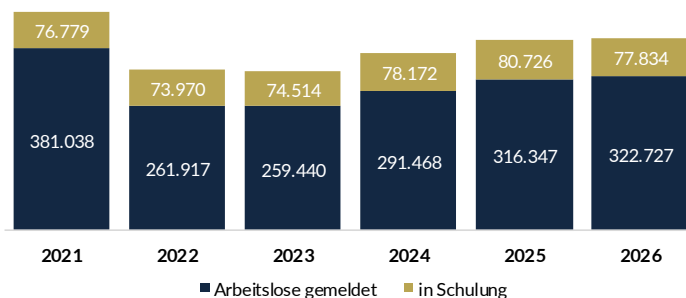
2.3 Arbeitsmarktlage

Die nachfolgende Grafik zeigt die aktuelle Entwicklung der Arbeitslosen und Schulungsteilnehmenden im März 2026 im Vergleich zu den Vorjahren:

Grafik 3: Arbeitsmarktlage im März 2026

Arbeitslose und Schulungsteiln. im März 2026, abs. und VÄ ggü. März d. VJ in %

457.817	335.887	333.954	369.640	397.073	400.561
-18,6%	-26,6%	-0,6%	+10,7%	+7,4%	+0,9%



Bundesländer, im März 2026
Arbeitslose (inkl. Schulungsteiln.)
abs. und VÄ ggü. März VJ in %

Bgld	10.769	+3%
Ktn	21.723	-4%
NÖ	58.690	+5%
OÖ	50.594	-0%
Sbg	15.373	+1%
Stmk	48.339	+3%
Tirol	19.054	+1%
Vbg	13.871	+4%
Wien	162.148	-0%

Arbeitslose (inkl. Schulungsteiln.) im März 2026, abs. und VÄ ggü. März d. VJ in %

Männer	Frauen	Inländ.	Ausländ.	15-24 J	25-49 J	ab 50 J
214.794	185.767	229.282	171.279	64.560	226.151	109.850
-2%	+4%	+3%	-2%	-0%	+0%	+3%

Arbeitslosenquote (nat. Def.) März 2026: 7,5% März 2025: 7,4%

Abkürzungen: abs. ... absolut, Ausländ. ... Ausländerinnen und Ausländer, Bgld ... Burgenland, d. ... des, ggü. ... gegenüber, inkl. ... inklusive, Inländ. ... Inländerinnen und Inländer, J ... Jahre, Ktn ... Kärnten, nat. Def. ... nationale Definition, NÖ ... Niederösterreich, OÖ ... Oberösterreich, Schulungsteiln. ... Schulungsteilnehmende, Sbg ... Salzburg, Stmk ... Steiermark, VÄ ... Veränderung, VJ ... Vorjahr, Vbg ... Vorarlberg.

Quellen: AMIS, Arbeitsmarktservice (AMS).

Im März 2026 waren 400.561 Personen **arbeitslos oder in Schulung**, was einem Anstieg um 0,9 % gegenüber dem März des Vorjahres entsprach. Damit setzte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit weiter fort, auch wenn dieser deutlich hinter den Zuwächsen der Jahre 2024 und 2025 zurückblieb. Die Zahl der Arbeitslosen und Schulungsteilnehmenden ist dabei vor allem bei Frauen, Inländerinnen und Inländern sowie Personen über 50 Jahren angestiegen. Außer in Kärnten, Oberösterreich und



Wien kam es dabei in allen Bundesländern zu einem Anstieg. Die Arbeitslosenquote war im März 2026 mit 7,5 % etwas höher als im März des Vorjahres.

Bei der Zahl der **offenen Stellen** setzte sich die rückläufige Entwicklung weiter fort. Im März 2026 waren 74.534 sofort verfügbare offene Stellen beim AMS gemeldet. Das waren um 7.206 Stellen bzw. 8,8 % weniger als im März des Vorjahres.

3 Entwicklung der Abgaben

Die zu Jahresbeginn 2026 sich fortsetzende leichte Erholung der Konjunktur und die gute Entwicklung des Weihnachtsgeschäfts wirkten sich positiv auf die Abgabentwicklung aus. Auch die Konsolidierungsmaßnahmen führten zu steigenden Steuereinnahmen. Einige Maßnahmen traten im Vorjahr unterjährig in Kraft und waren im Vergleichszeitraum des Vorjahres noch nicht budgetwirksam (z. B. Änderungen bei der Tabaksteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer, Gebührenerhöhungen). Einige weitere Maßnahmen sind erst ab heuer budgetwirksam (z. B. teilweise Aussetzung des Progressionsausgleichs, Betrugsbekämpfungspaket). Gegenläufig wirken steuerliche Offensivmaßnahmen wie etwa die Erhöhung des Pendlereuros und die Senkung der Elektrizitätsabgabe, wobei letztere aufgrund der Abfuhrverzögerung erst ab März zu Mindereinzahlungen führt.



In der nachstehenden Tabelle wird die Entwicklung der Bruttoabgaben und Ab-Überweisungen im Überblick dargestellt:

Tabelle 3: UG 16-Öffentliche Abgaben

<i>in Mio. EUR</i>	Jän-Feb 2025	Jän-Feb 2026	Differenz zu Jän-Feb 2025		v. Erfolg 2025	BVA 2026	Differenz zu v. Erfolg 2025	
Öffentliche Abgaben - Brutto	19.384	20.871	+1.487	+7,7%	119.737	122.144	+2.407	+2,0%
Guthaben der Steuerpflichtigen	211	360	+148	+70,2%	19	0	-19	-100,0%
Öffentliche Abgaben - Brutto ohne Guthaben der Steuerpflichtigen	19.173	20.511	+1.338	+7,0%	119.718	122.144	+2.426	+2,0%
Einkommen- und Vermögensteuern	9.822	10.322	+499	+5,1%	62.460	62.492	+32	+0,1%
Veranlagte Einkommensteuer	1.024	1.242	+218	+21,3%	5.095	4.600	-495	-9,7%
Lohnsteuer	5.861	6.139	+278	+4,8%	37.833	38.900	+1.067	+2,8%
Kapitalertragsteuern	648	635	-13	-2,0%	6.706	5.700	-1.006	-15,0%
Kapitalertragsteuer auf Dividenden	302	244	-58	-19,1%	3.739	-	-	-
Kapitalertragsteuer auf Zinsen und sonstige Erträge	346	391	+45	+13,0%	2.967	-	-	-
Körperschaftsteuer	2.227	2.126	-100	-4,5%	11.860	12.500	+640	+5,4%
Energiekrisenbeitrag	1	2	+2	+198,8%	367	200	-167	-45,5%
Stabilitätsabgabe	36	52	+16	+45,0%	205	210	+5	+2,2%
Stabilitätsabgabe - Sonderzahlung gem. BSMG 2025	0	73	+73	-	301	300	-1	-0,3%
Stiftungseinkommensteuer	19	43	+24	+129,8%	54	40	-14	-26,4%
Weitere Einkommen- und Vermögensteuern	8	8	+0	+3,8%	38	42	+4	+9,4%
Verbrauch- und Verkehrsteuern (inkl. CO₂-Bepreisung)	9.234	10.020	+786	+8,5%	56.424	58.652	+2.227	+3,9%
Umsatzsteuer	7.231	7.544	+313	+4,3%	40.177	41.800	+1.623	+4,0%
Tabaksteuer	339	360	+21	+6,1%	2.170	2.300	+130	+6,0%
Mineralölsteuer	465	579	+114	+24,5%	3.687	3.700	+13	+0,3%
Non-ETS-Emissionen	303	371	+68	+22,4%	1.417	1.644	+227	+16,1%
Energieabgaben	20	216	+196	+989,6%	922	875	-47	-5,1%
Normverbrauchsabgabe	79	60	-19	-24,4%	519	500	-19	-3,6%
Motorbezogene Versicherungssteuer	199	179	-21	-10,4%	2.902	2.950	+48	+1,6%
Grunderwerbsteuer	200	257	+57	+28,5%	1.304	1.500	+196	+15,0%
Weitere Verbrauch- und Verkehrsteuern	397	455	+58	+14,5%	3.326	3.383	+57	+1,7%
Gebühren, Bundesverwaltungsabgaben u. sonst. Abgaben	116	169	+53	+45,5%	834	1.000	+167	+20,0%
Ab-Überweisungen	-8.190	-8.868	-677	+8,3%	-45.972	-47.821	-1.849	+4,0%
Finanzausgleich Ab-Überweisungen I	-6.793	-7.237	-444	+6,5%	-37.546	-38.319	-773	+2,1%
Ertragsanteile an Gemeinden	-2.576	-2.784	-208	+8,1%	-13.755	-14.203	-449	+3,3%
Ertragsanteile an Länder	-4.022	-4.310	-289	+7,2%	-21.359	-21.696	-337	+1,6%
Weitere Finanzausgleich Ab-Überweisungen I	-195	-143	+52	-26,7%	-2.432	-2.420	+12	-0,5%
Sonstige Ab-Überweisungen I	-851	-901	-50	+5,8%	-5.188	-5.422	-234	+4,5%
EU Ab-Überweisungen II	-546	-730	-183	+33,6%	-3.151	-4.000	-849	+27,0%
nEHS Ab-Überweisungen III, Entlastung CO ₂ -Bepreisung	0	0	-0	-	-87	-80	+7	-8,3%
Öffentliche Abgaben - Netto	11.193	12.003	+809	+7,2%	73.765	74.323	+559	+0,8%

Abkürzungen: BSMG 2025 ... Budgetsanierungsmaßnahmengesetz 2025, Feb ... Februar, gem. ... gemäß, Jän ... Jänner, nEHS ... nationales Emissionszertifikatehandelssystem, Non-ETS-Emissionen ... nicht Emissionshandel Emissionen, u. sonst. ... und sonstige, v. Erfolg ... vorläufiger Erfolg

Budgetvisualisierung des Budgetdienstes: [Budgetvollzug Öffentliche Abgaben](#).

Quellen: Monatsbericht Februar 2026, [budget.gv.at](#), eigene Berechnungen.

Das Aufkommen aus den **Bruttoabgaben** im Jänner und Februar 2026 belief sich auf 20,9 Mrd. EUR und war damit um 1,5 Mrd. EUR bzw. 7,7 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Bereinigt um die gestiegenen Einzahlungen aus Abgabenguthaben fiel der Zuwachs mit 7,0 % etwas schwächer aus.



- ◆ Beim Abgabenaufkommen im Februar von besonderer Relevanz sind die Vorauszahlungen bei der **Veranlagten Einkommensteuer** und der **Körperschaftsteuer**. Diese werden vom BMF nicht gesondert ausgewiesen bzw. quantifiziert. Es wird im Monatsbericht Februar 2026 lediglich darauf hingewiesen, dass die Vorauszahlungen jeweils leicht gestiegen sind. Bei der Veranlagten Einkommensteuer trugen auch geringere Auszahlungen aus der Arbeitnehmerveranlagung zu Mehreinzahlungen bei. Dämpfend auf das Aufkommen der bei beiden Abgaben wirkten geringere betriebliche Ergebnisse aus früheren Veranlagungsjahren.
- ◆ Der Zuwachs bei der **Lohnsteuer** (+0,3 Mrd. EUR bzw. +4,8 %) resultierte hauptsächlich aus den steigenden Bemessungsgrundlagen und dem nur teilweise erfolgten Progressionsausgleich.
- ◆ Das Aufkommen aus der **Umsatzsteuer** nahm im Vorjahresvergleich um 0,3 Mrd. EUR bzw. 4,3 % zu. Das Aufkommen bezieht sich auf die Monate November und Dezember 2025 und wurde somit wesentlich vom Weihnachtsgeschäft beeinflusst. Auch das generell höhere Preisniveau trug zum Anstieg bei.
- ◆ Bei den **Energieabgaben** resultierte der starke Anstieg (+196 Mio. EUR) aus der zweimonatigen Abfuhrverzögerung, da das Aufkommen des Vorjahres noch vom während der Energiekrise abgesenkten Tarif bestimmt war und die erneute Senkung der Elektrizitätsabgabe per 1. Jänner 2026 erst ab März zu Mindereinzahlungen führt.
- ◆ Der starke Zuwachs bei der **Mineralölsteuer** (+114 Mio. EUR bzw. +24,5 %) resultierte aus einem Überlauf im Vorjahr in den März 2025. Die beschlossene Reduktion der Mineralölsteuer ab April 2026 wirkt sich erst ab Juni auf das Steueraufkommen aus.³
- ◆ Die Einzahlungen aus der **Stiftungseingangsteuer** waren per Ende Februar mit 43 Mio. EUR mehr als doppelt so hoch wie im Vorjahr. Inwieweit der Zuwachs auf größere Einzelfälle oder die umgesetzten Konsolidierungsmaßnahmen zurückzuführen ist, ist dem Monatsbericht des BMF nicht zu entnehmen.

³ Für Details zu den zuletzt beschlossenen Maßnahmen zur Dämpfung der Treibstoffpreise wird auf die diesbezügliche [Analyse des Budgetdienstes](#) verwiesen.



Die **Ab-Überweisungen** stiegen im Vorjahresvergleich ebenfalls kräftig und waren im Jänner und Februar 2026 um 0,7 Mrd. EUR bzw. 8,3 % höher als im Vorjahr. Der Anstieg war vor allem auf die höheren Ertragsanteile an die Länder (+0,3 Mrd. EUR bzw. 7,2 %) und die Gemeinden (+0,2 Mrd. EUR bzw. +8,1 %) zurückzuführen. Der etwas stärkere Anstieg der Gemeinde-Ertragsanteile resultiert aus dem stärkeren Zuwachs bei der überwiegend den Gemeinden zugutekommenden Grunderwerbsteuer, die sich im Vorjahr nach den Rückgängen der letzten Jahre wieder erholt hat. Zu einem deutlichen Anstieg kam es außerdem bei den Ab-Überweisungen für den EU-Beitrag (+0,2 Mrd. EUR), der mit dem höheren EU-Haushalt 2026 begründet wird.

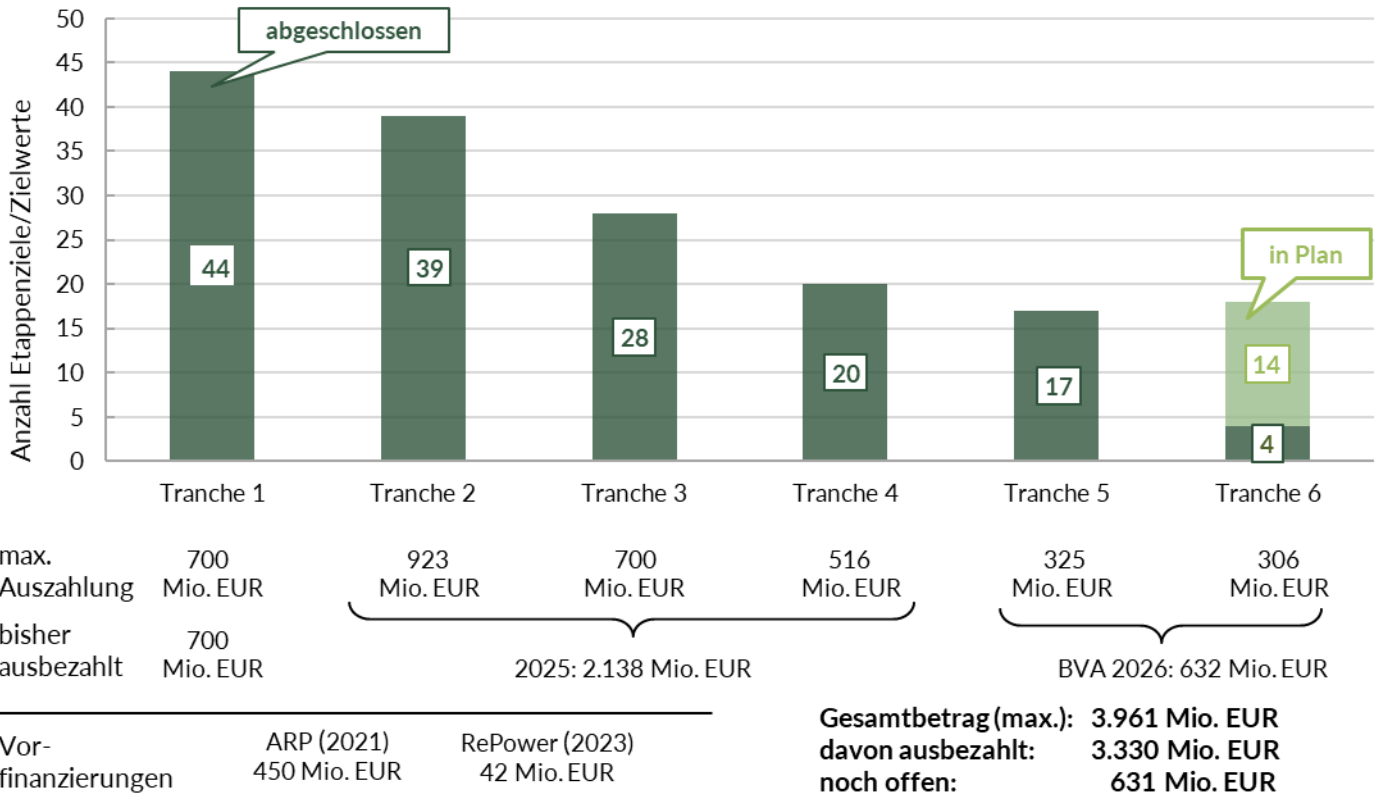
4 Umsetzungsstand des Aufbau- und Resilienzplans

Das BMF berichtet aufgrund einer EntschlieÙung des Nationalrats in der letzten Legislaturperiode vierteljährlich über den Umsetzungsstand des Aufbau- und Resilienzplans (ARP). Der letzte diesbezügliche Bericht ist im Monatserfolg Februar 2026 enthalten.

Österreich erhält aus der Aufbau- und Resilienzfazilität (RRF) auf Basis seines Aufbau- und Resilienzplans bis 2026 Zuschüsse iHv bis zu 4,0 Mrd. EUR. Für den Mittelabruf ist die Umsetzung der vereinbarten Reformen und Investitionen sowie die Erfüllung der zugehörigen, in sechs Tranchen gegliederten, Meilensteine erforderlich. Unter Berücksichtigung der letzten Änderung des österreichischen ARP, die am 12. Dezember 2025 durch den Rat der EU verabschiedet wurde, ergibt sich der folgende Umsetzungsstand:



Grafik 4: Überblick über die Umsetzung der sechs Tranchen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan



Abkürzungen: ARP ... Aufbau- und Resilienzplan, max. ... maximal.

Quellen: Monatsbericht Februar 2026, budget.gv.at.

Mit der letzten Änderung des österreichischen Aufbau- und Resilienzplans wurde die Anzahl der Meilensteine von insgesamt 178 auf 166 reduziert, wobei die Reduktion der Meilensteine ausschließlich die Tranchen 5 und 6 betrifft. Laut BMF handelt es sich dabei um eine zielgerichtete Anpassung und Straffung der Meilensteine. Von den nun 17 Meilensteinen der Tranche 5 (vorher 21) wurden alle erreicht, von den nun 18 Meilensteinen der Tranche 6 (vorher 26) sind noch 14 offen, die Umsetzung ist laut BMF aber im Zeitplan.

Österreich hat aus der RRF bislang Zahlungen iHv insgesamt 3,3 Mrd. EUR erhalten (Vorfinanzierungen, Tranchen eins bis vier). Im Jahr 2025 gingen Einzahlungen iHv 2,1 Mrd. EUR aus den Tranchen zwei, drei und vier ein. Die Einreichung des Zahlungsantrags für die 5. Tranche iHv 325 Mio. EUR erfolgte im März 2026.⁴ Der Zahlungs-

⁴ Siehe die diesbezügliche [Aussendung des Bundeskanzleramts](#).



antrag für die 6. Tranche muss bis spätestens 30. September 2026 eingereicht werden, alle Meilensteine müssen bis 31. August 2026 erfüllt sein. Die verbleibenden Einzahlungen aus der fünften und sechsten Tranche von insgesamt 631 Mio. EUR sind im BVA 2026 veranschlagt.

5 Gesamtstaatliches Budgetcontrolling

Zur besseren Haushaltskoordinierung im Rahmen des Österreichischen Stabilitätspakts (ÖStP) 2025 wurde unter anderem die monatliche Bereitstellung von Vollzugsdaten der Länder und Wiens vereinbart. Dazu wurde die Gebarungstatistik-Verordnung entsprechend angepasst. Bisher wurden monatliche Haushaltsdaten auf Kassenbasis im Rahmen der Six-Pack-Daten nur für den Bund, die Länder (ohne Aufteilung auf die Bundesländer) und die Sozialversicherung von Statistik Austria veröffentlicht. Diese Verpflichtung zur monatlichen Datenübermittlung wurde nun auch auf die Gemeinde Wien ausgedehnt. Darüber hinaus müssen die Länder und die Gemeinde Wien nach Anpassung der entsprechenden Datenschnittstelle auch Voranschlagswerte übermitteln. Die neuen Haushaltsdaten sind dabei länderweise von Statistik Austria bis zum Ende des Folgemonats zu veröffentlichen. Die erste Veröffentlichung der Haushaltsdaten für Februar 2026 erfolgte Ende März 2026.

5.1 Haushaltsdaten der Gebietskörperschaften Jänner bis Februar 2026

Die nachfolgende Tabelle stellt die Ein- und Auszahlungen der jeweiligen Gebietskörperschaften von Jänner bis Februar 2025 bzw. 2026 sowie deren Veränderung dar:



Tabelle 4: Haushaltsdaten der Gebietskörperschaften Jänner bis Februar 2026

<i>in Mio. EUR</i>	Jän-Feb 2025	Jän-Feb 2026	Differenz zu Jän-Feb 2025	
Auszahlungen <i>exkl. Gemeinden ohne Wien</i>	45.327	46.999	+1.672	+3,7%
Bund	18.945	19.316	+371	+2,0%
Länder ohne Wien	6.671	6.910	+239	+3,6%
Personalaufwand	1.701	1.636	-65	-3,8%
Sachaufwand	631	636	+5	+0,7%
Transfers	3.524	3.755	+231	+6,5%
Investitionstätigkeit	148	166	+17	+11,8%
Kapitaltransfers	430	458	+28	+6,6%
Sonstige	236	259	+23	+9,7%
Wien	3.376	3.320	-56	-1,6%
Personalaufwand	541	556	+16	+2,9%
Sachaufwand	287	322	+35	+12,2%
Transfers	1.953	1.905	-48	-2,5%
Investitionstätigkeit	95	65	-31	-32,3%
Kapitaltransfers	312	230	-82	-26,3%
Sonstige	189	243	+54	+28,7%
Gemeinden ohne Wien	n. v.	n. v.	-	-
Sozialversicherung	16.336	17.453	+1.118	+6,8%
Einzahlungen <i>exkl. Gemeinden ohne Wien</i>	39.873	43.366	+3.493	+8,8%
Bund	15.859	17.127	+1.267	+8,0%
Länder ohne Wien	5.724	6.739	+1.016	+17,7%
Operative Verwaltungstätigkeit	3.782	4.479	+698	+18,5%
Transfers	1.841	2.182	+341	+18,5%
Sonstige	101	78	-23	-22,6%
Wien	2.940	3.051	+111	+3,8%
Operative Verwaltungstätigkeit	2.449	2.584	+135	+5,5%
Transfers	466	452	-14	-2,9%
Sonstige	25	15	-10	-41,6%
Gemeinden ohne Wien	n. v.	n. v.	-	-
Sozialversicherung	15.350	16.449	+1.099	+7,2%
Nettofinanzierungssaldo <i>exkl. Gemeinden ohne Wien</i>	-5.454	-3.633	+1.821	-
Bund	-3.086	-2.189	+897	-
Länder ohne Wien	-947	-170	+777	-
Wien	-436	-269	+167	-
Gemeinden ohne Wien	n. v.	n. v.	-	-
Sozialversicherung	-986	-1.004	-19	-

Abkürzungen: exkl. exklusive, n. v. ... nicht verfügbar

Quellen: Statistik Austria, eigene Berechnungen.

Die Auszahlungen des **Bundes** waren zwischen Jänner und Februar 2026 mit 19,3 Mrd. EUR um 0,4 Mrd. EUR bzw. 2,0 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Diesen standen Einzahlungen iHv 17,1 Mrd. EUR (+1,3 Mrd. EUR bzw. +8,0 %) gegenüber, wodurch sich der Nettofinanzierungssaldo im Vorjahresvergleich



um 0,9 Mrd. EUR auf -2,2 Mrd. EUR verbesserte. Für eine detaillierte Analyse des Budgetvollzugs des Bundes wird auf Pkt. 1 verwiesen.

Der Nettofinanzierungssaldo der **Länder ohne Wien** war im Zeitraum Jänner bis Februar 2026 mit -170 Mio. EUR um 777 Mio. EUR besser als im Vorjahr:

- ◆ Die **Auszahlungen** betragen bis Februar 2026 6.910 Mio. EUR und waren um 239 Mio. EUR bzw. 3,6 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Zu höheren Auszahlungen kam es dabei vor allem bei den Transfers (+231 Mio. EUR bzw. +6,5 %), welche insbesondere in Niederösterreich vergleichsweise stark gestiegen sind (+161 Mio. EUR). Der Großteil des Anstiegs erfolgte dabei bereits im Jänner. Die Auszahlungen für Kapitaltransfers waren um 28 Mio. EUR (+6,6 %) höher als im Vorjahr, jene für Investitionen um 17 Mio. EUR (+11,8 %). Bei letzteren standen Minderauszahlungen in Kärnten und der Steiermark Mehrauszahlungen in allen anderen Bundesländern gegenüber (v. a. Niederösterreich). Die Auszahlungen für den Sachaufwand waren bis Februar 2026 in etwa gleich hoch wie im Vorjahr, wobei hier Mehrauszahlungen in Niederösterreich, Oberösterreich und Tirol durch Minderauszahlungen in den anderen Bundesländern ausgeglichen wurden. Der Rückgang bei den Auszahlungen für den Personalaufwand um 65 Mio. EUR bzw. 3,8 % war vor allem auf auffällig niedrige Auszahlungen in Vorarlberg zurückzuführen (-70 Mio. EUR bzw. -47,9 %).
- ◆ Die **Einzahlungen** der Länder ohne Wien beliefen sich zwischen Jänner und Februar 2026 auf 6.739 Mio. EUR und lagen damit um 1.016 Mio. EUR bzw. 17,7 % über den Einzahlungen des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Dabei waren vor allem die Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit, welche unter anderem die Ertragsanteile enthalten, deutlich höher als im Vorjahr (+698 Mio. EUR bzw. +18,5 %). Der Anstieg war vor allem auf Niederösterreich zurückzuführen (+534 Mio. EUR), wo die Einzahlungen bereits im Jänner außergewöhnlich hoch waren. Die Einzahlungen aus Transfers stiegen gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 341 Mio. EUR bzw. 18,5 % an, wobei diese vor allem in Niederösterreich (+225 Mio. EUR) und Oberösterreich (+105 Mio. EUR) deutlich höher waren als im Vorjahr. Die sonstigen Einzahlungen betrafen vor allem Einzahlungen aus der Rückzahlung von Darlehen und gewährten Vorschüssen (59 Mio. EUR). Der Rückgang gegenüber



dem Vorjahr ist dabei primär auf niedrigere Einzahlungen aus Finanzerträgen zurückzuführen (-15 Mio. EUR).

Der Nettofinanzierungssaldo der Gemeinde **Wien** belief sich zwischen Jänner und Februar 2026 auf -269 Mio. EUR und war damit um 167 Mio. EUR besser als im Vorjahreszeitraum:

- ◆ Zur Saldenverbesserung trugen dabei vor allem höhere Einzahlungen bei. Diese stiegen gegenüber dem Vorjahr um 111 Mio. EUR bzw. 3,8 % auf 3.051 Mio. EUR an. Vor allem bei den Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit kam zu einem deutlichen Anstieg (+135 Mio. EUR bzw. +5,5 %).
- ◆ Die Auszahlungen waren bis Februar 2026 mit 3.320 Mio. EUR um 56 Mio. EUR bzw. 1,6 % niedriger als im Vorjahr. Zu Minderauszahlungen kam es dabei vor allem bei den Kapitaltransfers (-82 Mio. EUR), den Transfers (-48 Mio. EUR) und den Investitionen (-31 Mio. EUR). Gegenläufig waren die Auszahlungen für den Sachaufwand (+35 Mio. EUR) und den Personalaufwand (+16 Mio. EUR) höher als im Vorjahr.

Im Bereich der **Sozialversicherung** waren die Auszahlungen bis Februar 2026 mit 17,5 Mrd. EUR um 1,1 Mrd. EUR bzw. 6,8 % höher als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Da die Einzahlungen iHv 16,5 Mrd. fast gleich stark gestiegen sind wie die Auszahlungen, war der Nettofinanzierungssaldo nur geringfügig schlechter als im Vorjahr.

5.2 Transparenz der Haushaltsdaten der Gebietskörperschaften

Durch die Änderung der Gebarungsstatistik-Verordnung werden nunmehr Haushaltsdaten auf Kassenbasis veröffentlicht, wodurch sich die Datenverfügbarkeit zum Budgetvollzug der einzelnen Gebietskörperschaften, insbesondere der Länder und der Gemeinde Wien, erhöht. Bisher wurden die monatlichen Haushaltsdaten auf Kassenbasis im Rahmen der Six-Pack-Daten nur in Summe über alle Länder ohne Wien veröffentlicht. Nunmehr erfolgt die Veröffentlichung nach Bundesländern getrennt. Die laufenden Haushaltsdaten der Gemeinde Wien waren bisher Teil der quartalsweise publizierten Gemeindedaten, wobei auch hier wieder über alle Gemeinden aufsummiert wurde. Mit der neuen Datenveröffentlichung stehen nun auch monatliche Haushaltsdaten für die Gemeinde Wien separat zur Verfügung.



Auf Basis der Ende März 2026 erstmals veröffentlichten Daten hat sich die Datenverfügbarkeit zum Budgetvollzug der einzelnen Gebietskörperschaften, insbesondere der Länder und der Gemeinde Wien, erhöht. Für eine deutliche Verbesserung des gesamtstaatlichen Budgetcontrollings sollten weitere Schritte gesetzt werden:

- ◆ Die für die Länder und die Gemeinde Wien zur Verfügung gestellten Daten wurden Ende März 2026 auf einer höher aggregierten Ebene der Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppen (MVAG) veröffentlicht. Dadurch ist die Analysetiefe der Daten deutlich eingeschränkt. So ist etwa bei den Einzahlungen aus der operativen Verwaltungstätigkeit nicht transparent ausgewiesen, welcher Teil davon auf Ertragsanteile, eigene Abgaben oder Produktionserlöse zurückzuführen ist. Auch bei den Auszahlungen wären insbesondere beim Sachaufwand und den Transfers zusätzliche Unterkategorien hilfreich. Die bisher bereits im Rahmen der Six-Pack-Daten zur Verfügung gestellten Haushaltsdaten werden zwar als Summe über alle Länder bzw. Gemeinden veröffentlicht, werden dabei jedoch auf einer detaillierteren Ebene publiziert.⁵ Da diese Daten auch von den Ländern gemeldet werden, würden auch detaillierte Informationen zum Vollzug vorliegen. Auch die neuen Haushaltsdaten auf Kassenbasis sollten daher analog zum Detaillierungsgrad der Six-Pack-Daten veröffentlicht werden.
- ◆ Die in der aktuellen Form für die Sozialversicherung veröffentlichten Daten bieten kaum Informationen. In den Ende März bereitgestellten Daten wird lediglich die Summe der Zu- und Abflüsse ausgewiesen. Eine Aufteilung auf verschiedene Einnahmen- und Ausgabenkategorien erfolgt nicht. Bei den bisher zur Verfügung gestellten Six-Pack-Daten für die Sozialversicherung werden in den Monatsdaten ebenso nur die Summe der Zu- und Abflüsse ausgewiesen. Allerdings werden hier mit einem Quartal Verzögerung auch Detailinformationen bereitgestellt. Bei den neu veröffentlichten Haushaltsdaten für Februar 2026 könnte also eine nachträgliche Aufteilung auf verschiedene Ein- und Auszahlungskategorien mit Ende Juni 2026 vorgelegt werden. Darüber hinaus könnte auch eine Veröffentlichung der Haushaltsdaten getrennt nach den

⁵ Diese entspricht in etwa dem MVAG-4-Steller. Die neuen Haushaltsdaten der Länder und der Gemeinde Wien werden dahingegen auf Ebene der MVAG-3-Steller veröffentlicht.



Sparten der Sozialversicherung (Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung) in Betracht gezogen werden.

- ◆ Die Interpretation der vergleichsweise hoch aggregierten Daten wird dadurch erschwert, dass dazu keine erläuternden Informationen veröffentlicht werden. Dadurch ist es beispielsweise nur schwer möglich, bei den beobachteten Veränderungen zwischen Einmaleffekten und systematisch höheren Aus- und Einzahlungen zu unterscheiden, vor allem wenn diese im aktuellsten verfügbaren Monat auftreten. Gerade bei Daten auf Kassenbasis kann es aufgrund unterschiedlicher Buchungszeitpunkte wichtiger Zahlungsströme im Vergleich zum Vorjahr zu starken Schwankungen der monatlichen Beträge kommen.
- ◆ Für die weiteren Gemeinden wird eine monatliche länderweise Übermittlung von Haushaltsdaten auf Kassenbasis laut Resümeeprotokoll zum ÖStP 2025 zu einem späteren Zeitpunkt angestrebt. Derzeit werden die Haushaltsdaten der Gemeinden nur quartalsweise im Rahmen der Six-Pack-Daten veröffentlicht. Da es sich hierbei um Summen über alle Gemeinden handelt, ist eine Zuteilung zu den einzelnen Bundesländern nicht möglich. Zudem sind in diesen Daten auch jene für Wien enthalten. Da die Gemeinden im ÖStP 2025 bei der Einhaltung des vorgegebenen Defizitpfades ihren jeweiligen Bundesländern zugeordnet wurden, wäre es auch für das gesamtstaatliche Budgetcontrolling zweckmäßig, wenn die Vollzugsdaten der Gemeinden nach Bundesländern getrennt zur Verfügung stünden, auch wenn diese nur quartalsweise veröffentlicht werden.
- ◆ Die veröffentlichten Haushaltsdaten unterscheiden sich konzeptionell von den ESVG-Daten, weshalb diese für die Bewertung der gesamtstaatlichen Entwicklung und der Einhaltung der europäischen Fiskalregeln nur eingeschränkt geeignet sind. Zum einen handelt es sich um Daten auf Kassenbasis, bei denen die Erfassung der Zahlungsströme vom konkreten Zahlungszeitpunkt abhängt, während bei den ESVG-Daten eine periodengerechte Zuordnung der Zahlungsströme erfolgt. Zum anderen beziehen sich die neuen Haushaltsdaten nur auf die jeweiligen Kernhaushalte, während die ESVG-Daten auch die außerbudgetären Einheiten umfassen. Eine laufende Veröffentlichung von Vollzugsdaten der außerbudgetären Einheiten ist aktuell nicht vorgesehen. Laut Resümeeprotokoll zum ÖStP 2025 wird angestrebt, die Datenlage bei ausgegliederten Einheiten des Sektors Staat zu verbessern.



- ◆ Die Ende März 2026 erstmals veröffentlichten Daten enthalten noch keine Voranschlagswerte. Laut Gebärungsstatistik-Verordnung sind diese von den Ländern und der Gemeinde Wien monatlich bereitzustellen, sobald die entsprechende Datenschnittstelle angepasst wurde. Zum Zeitpunkt der Bereitstellung der Voranschlagswerte liegen noch keine näheren Informationen vor.



Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
AMIS	Arbeitsmarktinformationssystem
AMS	Arbeitsmarktservice
ARP	Aufbau- und Resilienzplan
BHG 2013	Bundeshaushaltsgesetz 2013
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMF	Bundesministerium für Finanzen
BVA	Bundesvoranschlag (Bundesvoranschläge)
EAG	Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz
EK	Europäische Kommission
ESVG	Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EU	Europäische Union
EUR	Euro
exkl.	exklusive
IHS	Institut für Höhere Studien
iHv	in Höhe von
inkl.	Inklusive
KIG	Kommunalinvestitionsgesetz
LWA-G	Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz
Mio.	Million(en)
Mrd.	Milliarde(n)
MVAG	Mittelverwendungs- und -aufbringungsgruppe(n)
ÖStP 2025	Österreichischer Stabilitätspakt 2025
Pkt.	Punkt(e)



RRF	Aufbau- und Resilienzfazilität
UG	Untergliederung(en)
v. a.	vor allem
VPI	Verbraucherpreisindex
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
z. B.	zum Beispiel



Tabellen- und Grafikverzeichnis

Tabellen

Tabelle 1:	Budgetvollzug Jänner bis Februar 2026 im Überblick	3
Tabelle 2:	Volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen	9
Tabelle 3:	UG 16-Öffentliche Abgaben	16
Tabelle 4:	Haushaltsdaten der Gebietskörperschaften Jänner bis Februar 2026...	21

Grafiken

Grafik 1:	Inflationsrate (VPI) und Beiträge nach Einzelkomponenten	12
Grafik 2:	Entwicklung der Treibstoffpreise 2026.....	13
Grafik 3:	Arbeitsmarktlage im März 2026	14
Grafik 4:	Überblick über die Umsetzung der sechs Tranchen im österreichischen Aufbau- und Resilienzplan.....	19